



Rundbrief Oktober II 2023

Lieber Leserin und Leser, liebe Mitglieder,

DPG-Stellungnahme zur aktuellen Lage in Gaza - Israel.

„Gewalt und Krieg führen nicht zum Frieden“.

Die neue militärische Auseinandersetzung zwischen Hamas und Israel wird in den meisten europäischen Medien unterschiedlich eingeschätzt. Während z.B. die deutschen Fernsehanstalten fast ausschließlich und gebetsmühlenartig von israelischen „Opfern“ und palästinensischen „Terroristen“ sprechen, bemühen sich etwa die BBC und SRG (Schweiz) um sachliche und objektive Berichterstattung.

Auch wenn wir keine Partei für Hamas, radikalere Gruppierungen oder die Fatah ergreifen, da die DPG generell für das palästinensische Volk, die Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung arbeitet, hindert uns das nicht daran festzustellen, dass für die neue Eskalation, auch wenn sie von Hamas angestoßen wurde, ursächlich Israel verantwortlich ist. Denn das brutale und zudem völkerrechtswidrige Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung bereitete den Boden für die schlimme aktuelle Eskalation. Ohne eine umfassende und gerechte Lösung der offenen Palästinafrage wird Israel nie in der Lage sein, Sicherheit im eigenen Land zu erreichen. Militärische Siege ohne einen echten Friedensschluss erweisen sich immer wieder als Illusion. Das sollte die Lehre sein. Auf beiden Seiten leiden die Menschen, die Frieden und Verständigung wollen, werden zu Opfern der kriegerischen Auseinandersetzung, haben lebenslange Verletzungen an Körper und Seele oder sterben.

Sicherheit, Stabilität und Frieden in der ganzen Region können tatsächlich erreicht werden, indem die israelische Besetzung des Landes Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt gemäß der Grünen Linie von 1949 beendet und das Recht des palästinensischen Volkes auf Unabhängigkeit und Souveränität anerkannt wird. Die Abkehr von unterzeichneten Abkommen durch Israel und die Nichteinhaltung international gültiger UN-Resolutionen führten zur Zerstörung des Friedensprozesses.

Nach 75 Jahren des Leidens und der Vertreibung gibt es noch immer keine Lösung für das palästinensische Volk, stattdessen wird die Politik der Doppelmoral und des Schweigens der internationalen Gemeinschaft zu den kriminellen und rassistischen Praktiken der israelischen Besatzungstruppen und radikaler Siedlerorganisationen fortgesetzt. Die anhaltende Ungerechtigkeit und Unterdrückung, der das palästinensische Volk ausgesetzt ist, hat zu der explosiven Situation dieser Tage geführt. Frieden und Sicherheit in der Region kann nicht hergestellt werden, solange:

1. der politische Horizont blockiert und das palästinensische Volk nicht in die Lage versetzt wird, sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und seinen eigenen Staat zu gründen.
2. tägliche Provokationen und terroristische Angriffe von Siedlern und Besatzungstruppen anhalten.
3. Angriffe auf die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem sowie christliche und weitere islamische heilige Stätten andauern.
4. der völkerrechtswidrige Siedlungsbau und die Landnahme nicht gestoppt werden.

Frieden erfordert:

1. Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit für das palästinensische Volk
2. die Klärung des Rückkehrrechts der Flüchtlinge
3. die vollständige Umsetzung von Resolutionen mit internationaler Legitimität.

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG e.V.) verurteilt auf das schärfste die Gewalt und setzt sich für eine Friedliche Lösung.

Gideon Levy konfrontiert die Israelis mit den Fakten: HAARTZ

Seit 1948 bestraft Israel Gaza. Gestern sah Israel aufgrund seiner Arroganz Bilder, mit denen es in seinem Leben nicht gerechnet hatte.

Hinter allem, was passiert ist, steckt israelische Arroganz. Wir dachten, wir dürften alles tun, würden niemals einen Preis zahlen oder dafür bestraft werden. Wir machen ohne Verwirrung weiter. Wir verhaften, töten, misshandeln, berauben, beschützen massakrierende Siedler, besuchen Josephs Grab, Othniels Grab und Jeschuas Altar, alles in den palästinensischen Gebieten, und natürlich besuchen wir den Tempelberg – mehr als 5.000 Juden auf dem Thron –. Wir erschießen unschuldige Menschen, stechen ihnen die Augen aus und zertrümmern ihre Gesichter, deportieren sie, beschlagnahmen ihr Land, plündern sie, entführen sie aus ihren Betten und führen ethnische Säuberungen durch. Auch wir setzen die unvernünftige Belagerung fort.

Auf Gaza, und alles wird gut.

Wir bauen eine riesige Barriere rund um den Gazastreifen, die unterirdische Struktur hat drei Milliarden Schekel gekostet, und wir sind in Sicherheit. Wir verlassen uns auf die Genies der Einheit 8200 und die Shin Bet-Agenten, die alles wissen und uns zum richtigen Zeitpunkt warnen. Wir verlegen die Hälfte der Armee von der Gaza-Enklave in die Huwara-Enklave, nur um die Thronfeier der Siedler sicherzustellen, und alles wird gut, ob in Huwara oder Erez. Dann stellt sich heraus, dass ein primitiver, alter Bulldozer relativ leicht selbst die komplexesten und teuersten Hindernisse der Welt durchbrechen kann, wenn ein großer Anreiz dazu besteht. Wir lernen, dieses arrogante Hindernis kann von Fahrrädern und Motorrädern überwunden werden, trotz all der dafür ausgegebenen Milliarden und trotz all der berühmten Experten und Auftragnehmer, die viel Geld verdienen haben.

Wir dachten, wir könnten die diktatorische Kontrolle über Gaza fortsetzen und hier und da Krümel der Gunst in Form von ein paar tausend Arbeitserlaubnissen in Israel hinwerfen – das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der auch immer von angemessenem Verhalten abhängt – und in Rückkehr, behalte es als ihr Gefängnis. Wir schließen Frieden mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten – und unsere Herzen vergessen die Palästinenser, damit sie ausgelöscht werden können, wie es sich nicht wenige Israelis gewünscht hätten. Wir halten weiterhin Tausende palästinensische Gefangenen fest, darunter auch diejenigen, die ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden, die meisten von ihnen politische Gefangene, und wir sind nicht damit einverstanden, über ihre Freilassung zu diskutieren, selbst nach Jahrzehnten im Gefängnis.

Wir sagen ihnen, dass ihre Gefangenen nur mit Gewalt die Freiheit erlangen können. Wir dachten, wir würden weiterhin arrogant jeden Versuch einer politischen Lösung ablehnen, einfach weil es für uns nicht bequem war, uns darauf einzulassen, und alles würde sicherlich für immer so weitergehen. Und wieder einmal stellte sich heraus, dass dies nicht der Fall war. Mehrere hundert palästinensische Militante durchbrachen den Zaun und drangen auf eine Weise in Israel ein, die sich kein Israeli hätte vorstellen können. Ein paar hundert palästinensische Kämpfer haben bewiesen, dass es unmöglich ist, zwei Millionen Menschen für immer einzusperren, ohne einen hohen Preis zu zahlen. So wie der rauchende alte palästinensische Bulldozer gestern die Mauer, die fortschrittlichste aller Mauern und Zäune, eingerissen hat, hat er auch den Mantel der israelischen Arroganz und Gleichgültigkeit abgerissen. Es widerlegte auch die Idee, dass es genüge, Gaza von Zeit zu Zeit mit Selbstmorddrohnen anzugreifen und diese Drohnen an die halbe Welt zu verkaufen, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Gestern sah Israel Bilder, die es noch nie in seinem Leben gesehen hatte: palästinensische Militärfahrzeuge, die seine Städte patrouillierten, und Radfahrer aus Gaza, die durch seine Tore fuhren. Diese Bilder sollten den Mantel der Arroganz reißen. Die Palästinenser in Gaza haben entschieden, dass sie bereit sind, für einen Blick auf die Freiheit alles zu zahlen. Gibt es dafür Hoffnung? NEIN. Wird Israel seine Lektion lernen? NEIN

In diesem Rundbrief berichten wir über:

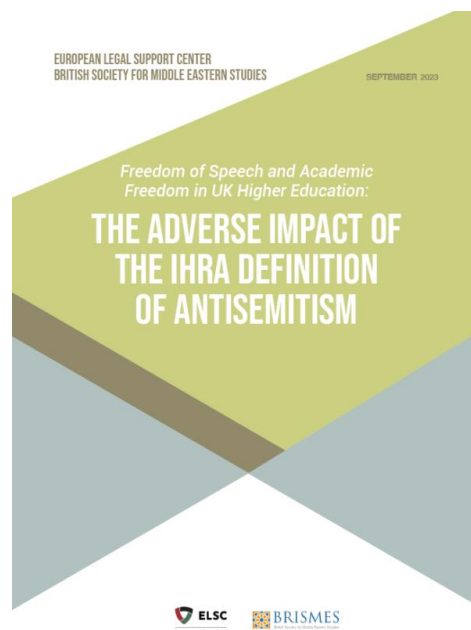
- 1- Die British Society for Middle Eastern Studies hat die Universitäten im Vereinigten Königreich aufgefordert, die Übernahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance zurückzuziehen, da ihre Verwendung "die akademische Freiheit und das Recht auf rechtmäßige Meinungsäußerung von Studenten und Mitarbeitern untergräbt".
- 2- Aus gegebenem Anlass geben wir trotz etlicher früheren Protestschreiben gegen die geschichtsklitternde Ausstellung „1948 – Wie der Staat Israel entstand“ die fundierte Stellungnahme von Helmut Suttor und der Titania-Gruppe aus Frankfurt a.M. wieder, damit in Zukunft faktenbasiert auf diese unsägliche Ausstellung reagiert werden kann.
- 3- Die PalästinenserInnen freuen sich, dass es ihnen gelungen ist, die Anerkennung der Ruinen von Tell es-Sultan als UNESCO -Weltkulturerbe durchzusetzen: das zuständige Komitee der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat dies im September in Riad, Saudi-Arabien, einstimmig beschlossen. Obwohl die Entscheidung inhaltlich kaum anfechtbar ist, löste sie in Israel besonders heftige Reaktionen von Seiten rechtsextremer Regierungskreise aus. Wir ergänzen unseren kurzen Bericht im Rundbrief Sept. III durch eine genauere Darstellung aus Le Monde vom 26.9.2023

British Society for Middle Eastern Studies fordert Universitäten auf, die Annahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus aufzuheben

Die British Society for Middle Eastern Studies hat die Universitäten im Vereinigten Königreich aufgefordert, die Übernahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance zurückzuziehen, da ihre Verwendung "die akademische Freiheit und das Recht auf rechtmäßige Meinungsäußerung von Studenten und Mitarbeitern untergräbt". In einem Bericht, der in Zusammenarbeit mit dem European Legal Support Center, einer palästinensischen Interessenvertretung, erstellt wurde, erklärte die akademische Gesellschaft, dass sie 40 Fälle analysiert habe, in denen Menschen des Antisemitismus nach der Definition beschuldigt wurden, und dass "mit Ausnahme von zwei laufenden Fällen die Vorwürfe des Antisemitismus zurückgewiesen wurden".

<https://www.brismes.ac.uk/news/event-the-effects-of-the-ihra-definition-of-antisemitism-on-academic-freedom>

Nachdem die umstrittene IHRA-Definition von Antisemitismus, die Kritik an Israel mit Antisemitismus verbindet, von britischen Universitäten übernommen wurde, konzentrierte sich ein neuer Bericht der British Society for Middle Eastern Studies (BRISMES), der größten akademischen Vereinigung Europas, auf die Erforschung des Nahen Ostens Ost- und Nordafrika und das [European Legal Support Centre \(ELSC\)](#) untersuchen die Folgen für Wissenschaftler und Studierende. Der Bericht zeigt, dass die Definition nicht ihren Zweck erfüllt und die akademische Freiheit und die Meinungsfreiheit verletzt, während sie gleichzeitig die psychische Gesundheit, den Ruf und die Karriereaussichten von Studierenden und Mitarbeitern beeinträchtigt.



Ausstellung „1948 – Wie der Staat Israel entstanden“

Die Ausstellung „1948 - Wie der Staat Israel entstand“ wurde zuletzt vom 20.09.2023 – 26.09.2023 in Schwäbisch Gmünd gezeigt und fand wie in manchen anderen Orten in Deutschland keine große Beachtung. Und dies obwohl sich hier der Erste Bürgermeister der Stadt, Christian Baron(CDU) an der Begleitveranstaltung „Antisemitismus heute“ beteiligte und der Beauftragte der Landesregierung Baden-Württembergs gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume als Referent auftrat. In einem offenen Brief richtete Helmut Suttor und die Titania-Gruppe, eine Bürgerinitiative aus Frankfurt a.M. am 27.September 2023 ihren Protest gegen diese Ausstellung an den Bürgermeister von Schwäbisch Gmünd, Christian Baron, den Landesbischof der Evangelischen Kirche in Württemberg Ernst-Wilhelm Gohl, den Antisemitismusbeauftragten Dr. Blume sowie weiteren Mitreferenten. Im Folgenden der offene Brief im Wortlaut:

Ausstellung 1948 „Wie der Staat Israel entstand“ vom 20.09.2023 – 26.09.2023 in Schwäbisch Gmünd

Sehr geehrter Herr Landesbischof Gohl,
Sehr geehrter Herr Dr. Blume,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Baron,
Sehr geehrte Mitreferenten:innen,

ich schreibe Ihnen aus Frankfurt als Mitglied einer kleinen Bürgerinitiative ([Titania-Gruppe](#)). Wir haben uns seit 2019 v.a. mit der Rechtmäßigkeit der sog. Anti-BDS-Beschlüsse beschäftigt, deren Verfassungswidrigkeit inzwischen durch ein Urteil des [Bundesverwaltungsgericht \(BVerwG\) vom 20.1.2022](#) festgestellt wurde. Wir begreifen unser Engagement gegen die o.g. Ausstellung als Fortsetzung dieses Engagements.

Diese Ausstellung fällt zwar in den Schutzbereich des Grundrechts auf Meinungsfreiheit. Für nicht legitimierbar halten wir es allerdings, dass sie von staatlicher oder kirchlicher Seite direkt oder mittelbar unterstützt wird.

Für den **Antisemitismusbeauftragten Dr. Blume** ergibt sich ein zusätzliches Glaubwürdigkeitsproblem in zweifacher Hinsicht:

- i. Er hat zwar die [Nakba-Ausstellung](#) von Ingrid Rumpf in einem seiner Berichte kritisiert u.z. in einem Kapitel „[Israelfeindlichen Antisemitismus stoppen](#)“. Zur o.g. Ausstellung fehlt, soweit bekannt, irgendeine Stellungnahme, trotz gravierender Mängel in vielerlei Hinsicht. Hier gelten offensichtlich doppelte Standards.
- ii. Für jeden Laien, der sich mit Antisemitismus beschäftigt, sollte unmittelbar einsichtig sein: Die Bekämpfung dieser und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kann nur nachhaltig sein, wenn dieses Anliegen im Rahmen unserer Verfassung verfolgt wird. Herr Blume hat aber, ebenso wie alle anderen Beauftragten, Antisemitismusbekämpfung in verfassungswidriger Weise betrieben über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Das ergibt sich unzweifelhaft aus dem o.g. Urteil des BVerwG. Auch zu diesem Punkt schweigt Herr Blume, ebenso wie sein Kollege Felix Klein. Letzterer hat im November 2022 eine „[Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben](#)“ vorgestellt. In diesem Text wird das Urteil des BVerwG mit keinem Wort erwähnt. Wir glauben nicht, dass die Zukunft der Antisemitismusbekämpfung Personen anvertraut werden sollte, die über Jahre rechtsvergessen, kopf- und prinzipienlos in eine Sackgasse reingelaufen sind.

Sie beteiligen sich als Referenten an einer Tagung zum Thema „Antisemitismus heute“ 24.09.2023 – 26.09.2023 in Schwäbisch Gmünd.

Diese Tagung findet statt im Kontext der o.g. Ausstellung. Sie würden sich mit Sicherheit nicht an einer Veranstaltung beteiligen im Kontext einer Ausstellung, die den Holocaust leugnet. Dass Sie sich (vermutlich mit dem allerbesten Gewissen) an einer Veranstaltung beteiligen, die als Rahmenprogramm zu einer Ausstellung stattfindet, in der die Nakba geleugnet wird, verweist auf ein grundsätzliches Problem unserer deutschen Debatten zum Nahostkonflikt und zu Antisemitismus.

Diese ist durch eine strukturelle Ausgrenzung der palästinensischen Konfliktperspektive und Interessenlage gekennzeichnet, in Gegenwart und Vergangenheit.

Wir möchten einen aus unserer Sicht besonders skandalösen Punkt herausgreifen. Einen von vielen Punkten, die zu nennen wären.

In der besagten Ausstellung wird das **kollektive Trauma der Palästinenser, die Nakba geleugnet**. Die Leugnung des Holocaust ist in Deutschland ein Straftatbestand. Die Leugnung des kollektiven Traumas Palästinenser erfährt hingegen öffentliche Förderung durch Politik und Gesellschaft. Wenn sich in der Leugnung der Holocaust **Antisemitismus** ausdrückt, dann wird man die Leugnung der Nakba als **Ausdruck von Rassismus** bezeichnen müssen, auch wenn sie keinen Straftatbestand darstellt. Nämliches gilt für die in der Ausstellung zum Ausdruck gebrachte **Schuldumkehr**: Sie ist wie beim Antisemitismus als Manifestation gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu werten, wenn die Regeln der Logik noch Gültigkeit haben.

[Tafel 25](#) der Ausstellung trägt den Titel „**Die arabischen Flüchtlinge aus Palästina**“. Dort werden folgende Fluchtgründe der Palästinenser genannt:

1. Generelle Angst vor Kriegsgefahren; 2. Aufrufe zur Flucht durch arabische Führer; 3. Angstpropaganda; 4. Soziokulturelle Aversion (religiös-konservative Muslime wollten nicht unter „Ungläubigen“ leben); 5. Rückkehr in die arabischen Heimatländer (Jahrzehnten vor Israels Staatsgründung eingewanderte Araber kehrten in ihre „Heimatländer“ zurück angesichts einer ungewissen Zukunft).

Insofern Quellen zitiert werden, geht es um Aussagen von Politikern oder Zeitungen ohne Namensnennung. Historiker sind nicht darunter. Die Quellen/Zitate datieren aus dem Jahr 1973 oder früher. Diese 2018 anlässlich des siebzigjährigen Bestehens des Staates Israel konzipierte Ausstellung, lässt die in Israel unter den sog. „**neuen Historikern**“ geführte **Debatte**, die in erster Linie das Thema „Vertreibung der Palästinenser“ zum Gegenstand hatte, **völlig außer Acht**.

Der aktuelle fachhistorische Streit kreist **nicht** um die Frage, ob die Vertreibung von ca. 750.000 Palästinensern durch die Israelis verursacht wurde. Vielmehr geht es um die Frage ob diese als eine Begleiterscheinung der militärischen Auseinandersetzungen **kriegsbedingt**, Freundliche Grüße

Helmut Suttor, Titania-Gruppe Frankfurt

September 27, 2023

Die israelische extreme Rechte kritisiert die Einstufung einer archäologischen Stätte in Jericho durch die UNESCO

Die Aufnahme von Tell es-Sultan im besetzten Westjordanland in die Liste des Weltkulturerbes war bei einer Sitzung der UNESCO in Saudi-Arabien beschlossen worden.

Louis Imbert / Jericho 26. September 2023 / [LE MONDE](#)



Die archäologische Stätte Tell es-Sultan in der Nähe von Jericho, Westjordanland, am 17. 09. 2023 Mahmoud Illean

Die archäologische Stätte *Tell es-Sultan* erhebt sich etwas abseits des Stadtzentrums von Jericho im Jordantal im besetzten Westjordanland. Dem unbedarften Besucher erscheint er als ein einfa-

cher, löchriger Erdhügel, ein Gewirr von Gräben und Treppen, ein wenig enttäuschend für jeden, der sich ohne vorherige Information dorthin begibt. Die Palästinenser freuen sich jedoch, dass es ihnen als erstem Land gelungen ist, die Ruinen zum UNESCO-Weltkulturerbe zu erklären, nachdem das Komitee Mitte September in *Riad*, Saudi-Arabien, einstimmig dafür gestimmt hatte.

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur lobt den universalen Wert der Überreste einer der ersten bekannten Siedlungen, in denen Menschen ab dem 10. Jahrtausend v. Chr. sesshaft wurden. Um 7000 v. Chr. wurden hier die Köpfe einiger Verstorbener mit einer Lehmmodellierung beerdigt - eine der ersten nachweisbaren religiösen Ehrbezeugungen in der Region. In der Bronzezeit wurde hier eine der ersten nennenswerten Städte des Nahen Ostens errichtet: eine strukturierte und unterteilte Siedlung, die auf eine soziale Organisation hinweist, mit Stadtmauern und Palästen, die in der Nähe des Jordan und einer lokalen Quelle gedeihen konnten.

Obwohl die Klassifizierung inhaltlich kaum anfechtbar ist, löste sie in Israel heftige Reaktionen aus. Das Außenministerium verurteilte *"ein weiteres Zeichen für den zynischen Gebrauch der UNESCO durch die Palästinenser und ihre Politisierung"*. Das Ministerium bestreitet weder die Verantwortung der Palästinensischen Autonomiebehörde für die Stätte, die das Ergebnis des sogenannten Oslo II-Abkommens von 1995 ist, noch ihr Recht, sie dem UNESCO-Komitee vorzulegen. Es ist jedoch der Ansicht, dass die Klassifizierung die jüngere jüdische Geschichte der Stätte bewusst ausblendet, indem sie den biblischen Bericht über die Eroberung Jerichos durch die Hebräer unter der Führung von Josua und ihre anschließende Ansiedlung im Gelobten Land nicht erwähnt. *"Sie löschen damit nicht nur das jüdische, sondern auch das christliche Erbe der Stadt aus"*, empört sich der Sprecher des Außenministeriums **Lior Haiat**.

"Ultranationalistische Vision"

Die israelischen Diplomaten wurden von einer rechtsextremen Verbündeten, der Ministerin für nationale Missionen **Orit Struck**, einer jüdischen Anhängerin der Lehre von der Überlegenheit der „jüdischen Rasse“, die aus der Siedlerbewegung hervorgegangen ist, zu einer Reaktion gedrängt. Der Minister für die Beziehungen zur jüdischen Diaspora, **Amichai Chikli**, verglich die Wahl der UNESCO mit den Propagandamethoden des Dritten Reiches. Er befürchtete auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die Stätte *"beschädigen"* würde, *"wenn sie unkontrolliert bleibt"*.

Für **Alon Arad**, Direktor der linksgerichteten israelischen NGO *Emek Shaveh*, *"folgen die schlechten Argumente dieser Kampagne einer ultranationalistischen Vision, die das jüdische Volk und den Staat Israel zu den einzigen legitimen Erben des biblischen Landes macht"*. Palästina war jedoch vorsichtig genug, nur die älteste Stätte Jerichos, *Tell es-Sultan*, von der UNESCO unter Schutz stellen zu lassen. Diese Überreste sind etwa zwei Kilometer von den Palästen der jüdischen Könige *Hasmonäer* und *Herodes* entfernt, die aus dem 2. und 1. Jahrhundert v. Chr. stammen, wie auch von der modernen Stadt mit ihrem muslimischen und christlichen Erbe.

"Die ersten stratigrafischen Ausgrabungen des Ortes durch die britische Archäologin Kathleen Kenyon in den 1950er Jahren ergaben, dass Tell es-Sultan im 16. Jahrhundert vom ägyptischen Reich zerstört wurde, das damals das gesamte Gebiet unterwarf. Das war lange vor dem biblischen Bericht über die Eroberung der Stadt durch die Hebräer", erklärt **Vincent Michel**, Professor für orientalische Archäologie an der Universität Poitiers. Dennoch beeindruckten die Ruinen die Gemüter genug, um ihren Platz in der Bibel und in der Erzählung über die Ursprünge der jüdischen Königreiche in Judäa zu finden.

Am 21. September brachte der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, **Mahmoud Abbas**, einige palästinensische Diplomaten gegen sich auf, indem er die gleichen Argumente wie die israelische extreme Rechte benutzte. In seiner Rede vor der Jahreshauptversammlung der Vereinten Nationen in New York machte er die frühzeitlichen Bewohner von *Tell es-Sultan* zu *"Palästinensern"* und sah in der Einstufung durch die UNESCO eine *"Bestätigung"* dafür, dass *"das palästinensische Volk in seinem Land bleiben wird, das es seit Tausenden von Jahren bewohnt hat, Generation für Generation"*.

Ein Zeichen für eine gewisse Beruhigung der Gemüter

Abbas brachte so die umsichtigen Vertreter Ramallahs in der UNESCO in Verlegenheit, die 2011 die Vollmitgliedschaft Palästinas in der UNESCO durchgesetzt hatten und sich seither bemühen, als

verantwortungsvolle Staatsmänner zu handeln und so wenig Aufsehen wie möglich zu erregen. Sie hatten sich gefreut, dass sie die Stätte von Jericho nach drei Jahren regulären Verfahrens unter Schutz stellen konnten, ohne einen Notfallmechanismus anzuwenden, wie es in der Vergangenheit bei den Altstädten von *Hebron* und Jerusalem sowie dem *Battir-Tal* der Fall gewesen war.

Israel zog sich 2017 aus der UNESCO zurück, nachdem die USA der Institution unter Präsident **Donald Trump** eine antiisraelische Voreingenommenheit vorgeworfen hatten. Dennoch behält der jüdische Staat dort seinen Einfluss. Sein Vertreter hat während des Verfahrens keine Einwände erhoben. Auch seine Verbündeten im Welterbekomitee, insbesondere Bulgarien, hatten keine Einwände gegen die Einstufung, die in Riad einstimmig beschlossen wurde.

"Die israelische Antikenbehörde selbst hatte nichts gegen die Einstufung einzuwenden, obwohl ihr Direktor nach Riad gereist war", stellt der israelische Aktivist **Alon Arad** fest. Dies war ein Zeichen für eine gewisse Beruhigung der Gemüter, da die USA im Juli wieder in den Schoß der UNESCO zurückgekehrt sind und Israel erwägt, es ihnen gleich zu tun.

Quelle: https://www.lemonde.fr/international/article/2023/09/26/en-israel-vives-reactions-apres-le-classement-par-l-unesco-d-un-site-archeologique-pres-de-jericho_6190977_3210.html